

# Stellungnahme

Stellungnahme zum Entwurf der EU-Kommission für eine Mitteilung der EU-Kommission „Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes

## Ausnahmen vom EU-Beihilferecht für soziale und ökologische Ziele nutzen

13.04.2021

Deutscher Gewerkschaftsbund

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag für eine neue Mitteilung zu den Kriterien der Bewilligung von „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) zur Konsultation vorgelegt. Das Ziel der Kommission ist es insbesondere, die Bewilligung solcher Projekte transparenter zu gestalten und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Teilnahme zu erleichtern.

Der DGB begrüßt es, dass mit den IPCEI ein Instrument zur Verfügung steht, mit dem große industrie- und strukturpolitische Projekte ermöglicht werden. Sie tragen der Tatsache Rechnung, dass zur Lösung vieler Aufgaben bewusste staatliche Förderung notwendig ist. Geht es um soziale, ökologische oder regionalpolitische Ziele, ist staatliche Intervention notwendig. Insbesondere die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft erfordert Investitionen, die privat allein nicht geleistet werden können. Deshalb ist es dringend erforderlich dafür zu sorgen, dass das Beihilferecht der staatlichen Förderung von Projekten die für die sozial-ökologische Transformation wichtig sind, nicht im Wege steht. Der DGB spricht sich dafür aus, das Instrument der IPCEI gezielt einzusetzen, um den Green Deal mit Leben zu füllen und die europäischen Klimaziele zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund ist es positiv zu bewerten, dass KMU eine Teilnahme erleichtert werden soll und alle Mitgliedstaaten einen transparenten Zugang zur Bildung von IPCEIs bekommen sollen.

### Rückfragen bitte an:

Dr. Ingmar Kumpmann  
Maria Beihof  
Abteilung Struktur-, Industrie- und  
Dienstleistungspolitik

SID-bei/kpm/mzu

E-Mail:  
ingmar.kumpmann@dgb.de  
maria.beihof@dgb.de  
Telefon: 030 - 24 060-395  
Telefax: 030 - 24 060-677  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin  
[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

## **Ausrichtung auch auf soziale Ziele**

Zu begrüßen ist es, IPCEI auf die Ziele der EU auszurichten um mit ihnen die erforderliche Neuausrichtung und Modernisierung der Wirtschaft zu fördern. Die Ausrichtung insbesondere auf den Green Deal, die europäische Industriestrategie, die Überwindung der Corona-Krise und die Digitalisierung sind positiv zu bewerten. IPCEI müssen ein Instrument sein um die europäische Wirtschaft bewusst in eine soziale und ökologisch nachhaltige Richtung zu steuern.

Zu den Bedingungen, die IPCEI erfüllen müssen, sollten auch Kriterien guter Arbeit gehören. Wenn die EU das Beihilferecht aussetzt und erlaubt, dass ein Projekt mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, darf dies nicht zur Subventionierung von schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen oder prekären Arbeitsverhältnissen führen. Auch Tarifbindung und Mitbestimmung müssen gewährleistet sein. Der Abschnitt 3.2.1 der Mitteilung muss entsprechend ergänzt werden.

Zusätzlich sollten Beschäftigungsziele und Anforderungen zur Sicherung von Standorten eine Rolle spielen. Projekte, die zum Abbau von guten Beschäftigungsverhältnissen oder zur Verlagerung von Produktionsstandorten im Gegensatz zu den Zielen der EU-Regionalpolitik führen, sollten nicht als IPCEI förderfähig sein.

Die notwendige Orientierung auch an sozialen Zielen wird insbesondere durch eine Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Vertretungen an der Planung und Gestaltung der Projekte sichergestellt. Deshalb muss sozialpartnerschaftliche Beteiligung in die Kriterien einer Anerkennung als IPCEI aufgenommen werden. Außerdem sollte die EU hier auch ein europäisches Forum zum Erfahrungsaustausch für die Sozialpartner aus den IPCEI-Projekten bieten. Bei den IPCEI geht es um grundlegende Technologieentwicklung. Damit einher gehen auch immer notwendige Qualifikationen bei den Beschäftigten. Jedes IPCEI sollte deshalb zum Abschluss des Vorhabens auch Erkenntnisse mit Blick auf Beschäftigung vorlegen. Damit wären EU-weit wichtige Anhaltspunkte für Beschäftigungsentwicklung und Qualifikation gegeben, die als Grundlage dafür dienen, die Technologien breit in die Anwendung zu bringen. Nicht nur Technologien müssen marktreif werden, sondern auch die Qualifikationen der Beschäftigten.

### **IPCEI als industriepolitisches Instrument**

Aus industriepolitischer Sicht bleibt festzuhalten, dass IPCEI-Projekte die Möglichkeit bieten, über die EU-27 verteiltes Wissen und Ressourcen zu bündeln. Damit bildet es ein wichtiges Instrument, um die technologische Souveränität der EU zu erhöhen und die Leistungsfähigkeit europäischer Unternehmen zu unterstützen. Die Kommission wird aufgefordert zu klären, inwieweit die Kombination eines IPCEI geförderten Projekts mit anderen Förderfonds, wie dem Just Transition Fund, dem Horizon Europe und bestehenden regionalen Strukturfonds, vereinfacht und für die beteiligten Akteure attraktiv gemacht werden kann. Angesichts der gewählten Themenschwerpunkte, Mikroelektronik und Batteriezellenfertigung und der dort stattfindenden rasanten Technologieentwicklung, ist eine effizientere und schnellere Antragsgenehmigung dringend erforderlich.

In der 2020 verabschiedeten EU-Industriestrategie spricht sich die Kommission für einen strategischen Ansatz aus, der sich auf die Unterstützung der gesamten Wertschöpfungsketten konzentriert, was eine längerfristige Vision und eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Koordination erfordert. Zur Erreichung dieses strategischen Ziels ist eine finanzielle Stärkung und politische Verpflichtung zur engeren Zusammenarbeit im Bereich der IPCEI unerlässlich.